

Menschliche Integrität und Demut vor der Sache

Auszüge aus einem Interview mit DTKV-Mitglied Agnes Krumwiede, MdB, Pianistin und Klavierlehrerin

Anno Blissenbach: Seit 207 Tagen sind Sie Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 58 Tagen „Klavierspielerin des Jahres“, Agnes Krumwiede, wie geht es Ihnen?

Agnes Krumwiede: Im Moment bin ich etwas erschöpft, weil wir eine sehr harte Woche hatten im Parlament, aber ansonsten macht mir meine neue Aufgabe als Abgeordnete und kulturpolitische Sprecherin sehr viel Spaß.

Blissenbach: Mehrfach haben Sie darauf hingewiesen, dass persönliche Eigenschaften, die einen guten Musiker ausmachen, auch für einen Politiker wichtig sind. Über den großen Pianisten Claudio Arrau hat Musik-Publizist Robert C. Bachmann geschrieben: „Claudio Arrau: Das meint vor allem und zuerst Weltklasse ohne Startum, Größe, bar der Eitelkeit, künstlerische und menschliche Integrität.“ Teilen Sie die Auffassung, dass solche Integrität Basis großen Künstlertums ist und muss solche Integrität nicht auch Basis für das Handeln einer Politikerin, eines Politikers sein?

Krumwiede: Ich bin begeistert, dass Sie Claudio Arrau ansprechen. Er ist ein großes Vorbild – pianistisch und auch menschlich! In dem wunderbaren (leider mittlerweile vergriffenen) Buch „Leben mit der Musik“ sagt Arrau, dass man als Musiker ein Leben lang damit zu kämpfen hat, sich selber nicht zu wichtig zu nehmen. Er glaubt, dass es ein extrovertierter Künstler beim Start in die Karriere zwar leichter hat, aber ein introvertierter Künstler auf Dauer weiter kommen wird. Außerdem ist er der Meinung, dass Ängste und Selbstzweifel notwendig sind. Der zermürbende Zustand, sich selbst ständig in Frage zu stellen, führt laut Arrau dazu, „Ängste zu überwinden und an sich selbst zu wachsen.“ Ich glaube, dass all dies auch für Politiker gilt: In der Politik entstehen oft Konflikte mit der Eitelkeit, es geht um das Spannungsfeld, auf der einen Seite im Interesse des Gemeinwohls zu handeln und andererseits strategisch den Machterhalt zu sichern. Um als Politiker erst gar nicht in diesen persönlichen Konflikt zu geraten, ist es wichtig, sich ständig selbst zu hinterfragen: Was ist meine persönliche Haltung, und was wiederum habe ich mir zu eigen gemacht, um nicht unangenehme, unpopuläre Positionen gegen die Meinung der Fraktionsmehrheit zu vertreten? Eitelkeit ist ein Problem in der Politik, denn Eitelkeit kann verwundbar und vor allem bestechlich machen; und dadurch weiß man vielleicht irgendwann nicht mehr genau, welche Menschen es ehrlich meinen oder sich nur durch wohlwollende Worte einen Vorteil für die Durchsetzung ihrer Interessen erhoffen. Claudio Arrau war ein unglaublich herzlicher und sensibler Mensch, er selbst und seine Interpretationen sind so klar und uneitel, ganz im Dienst der Musik. Für mich ist es ein großes Ziel, diese menschliche Größe irgendwann auch zu erreichen: Als Musikerin und als Politikerin.

Ja: Es geht um menschliche Integrität und es geht um Demut vor der Sache. Das braucht man in der Musik und das braucht man in der Politik.

Blissenbach: Haben Sie eine Erklärung, warum die Zunft der Musiker in der Regel eine große Berührungsangst gegenüber der Politik hat?

Krumwiede: Viele Musiker fühlen sich von der Politik nicht gut repräsentiert, weil Politiker größtenteils wenig Verständnis haben für Musiker. Vor kurzem hatte ich im Kulturausschuss des Bundestages ein deprimierendes Erlebnis: Die Abteilungsleiterin beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel, hat gesagt, wir könnten keine Mindest-Gagen für Musiker beziehungsweise Künstler einführen, die in kurzzeitiger Beschäfti-

gung sind, denn schließlich arbeiteten beispielsweise auch Spargelstecher in kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen; und dies ebenfalls ohne Mindestlohn. Ich habe entgegnet, dass die meisten Spargelstecher schließlich nicht jahrelang studiert haben. Diese verbale Entgleisung von Frau Berggreen-Merkel lässt auf Unkenntnis über Musiker beziehungsweise Künstler im Allgemeinen schließen. Es sagt nichts Gutes über das Kulturverständnis einer Regierung aus, wenn deren Vertreter die Wertschätzung für die Leistung von Kreativen auf eine Stufe mit der Leistung von Spargelstechern setzen.

Keine Berührungsängste

Blissenbach: Ist diese Polit-Berührungsangst Ursache dafür, dass Musikerinnen und Musiker bis heute keine wirksame Lobby aufgebaut haben?

Krumwiede: Das hat auch mit dem Wesen der Musiker zu tun. Musiker sind ein individuelles, freiheitsliebendes und eigenwilliges Volk, dem es nicht so leicht fällt, sich in Interessenvertretungen zu formieren.

Blissenbach: Kulturpolitiker verschiedener Parteien sind sich oft in der Sache untereinander viel einiger, als Kulturpolitiker es mit zum Beispiel Finanzpolitikern der eigenen Fraktion sind. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten ein, im Deutschen Bundestag kulturpolitische Anliegen interfraktionell einzubringen und durchzusetzen?

Krumwiede: In erster Linie ist das ein gesellschaftliches Problem, es spiegelt sich in der Politik wider: Kultur befindet sich in der Rangordnung dessen, was als notwendig angesehen wird, eher an letzter Stelle. Eine Möglichkeit, in Zeiten knapper Kassen trotzdem kulturpolitisch etwas zu bewegen, ist die, dass Kulturpolitiker aller Fraktionen sich in der Sache oft einig sind. Und dann liegt es vor allem an den Vertretern der Regierungsparteien, wie stark sie sich bei ihren eigenen Leuten durchsetzen können. Überfraktionell zusammenzuhalten ist die große Chance in der Kulturpolitik. Dadurch ergibt sich – zumindest manchmal – die Gelegenheit zu einem fraktionsübergreifenden Gruppenantrag – ein Antrag, bei welchem sich die Fachpolitiker aller Fraktionen in der Sache einig sind und die Mehrheit der Abgeordneten anstelle der politischen Mehrheiten bei der Abstimmung entscheiden. Ein Gruppenantrag ist in den meisten Fällen ein erfolgreicher Antrag.

Blissenbach: Bereits 2006 wurde ein Gesetzentwurf, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern, von der FDP-Fraktion in den Bundestag eingebracht. Wie sehen Sie persönlich die Chance, per Gruppenantrag das – auch vom DTKV geforderte – Staatsziel Kultur zu ergänzen?

Krumwiede: Meine Fraktion, die Grünen, haben sich damals mehrheitlich enthalten. Nur ein paar, allen voran unsere Kulturpolitiker, haben mit Ja gestimmt. Auch in der eigenen Partei gibt es hier also noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten. Dieses Schicksal teile ich mit den Kulturpolitikern aller Parteien. Ich finde es sehr wichtig, dass das Staatsziel Kultur ins Grundgesetz kommt, das wäre eine starke Argumentationshilfe für alle Kulturpolitiker.

Blissenbach: Ist der Kultur- und Bildungsföderalismus, den die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel, Deutschland zu schwächen, eingeführt haben, noch sinnvoll, oder bedarf es hier erweiterter Bundesverantwortung und -kompetenz?

Krumwiede: Selbst die Bundesbildungsministerin Frau Annette Schavan spricht mittlerweile davon, dass sie das Kooperationsverbot in der Bildung aufweichen möchte, meine Frak-

tion hat vor kurzem einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Wir brauchen dringend „Bildungs-Reisefreiheit“ in Deutschland. Es kann nicht sein, dass jemandem, der zum Beispiel in NRW sein Studium begonnen hat und in Bayern weiter studieren möchte, bereits erbrachte Abschlüsse und Scheine in dem anderen Bundesland nicht anerkannt werden. Es dient auch nicht der Chancengleichheit in der Bildung, dass wir unterschiedliche Abitur-Prüfungen haben. Auch bei der kulturellen Bildung halte ich bundesweit einheitliche Standards für notwendig. In der Bildung bin ich insgesamt für eine Auflösung des Föderalismus. Aber was die inhaltliche Gestaltung von Kultur betrifft, glaube ich, dass niemand so gut die Bedürfnisse seiner Stadt kennt, wie die Kommunalpolitiker selbst. Es wäre nicht im Sinne der Freiheit der Kunst, wenn der Bund bezüglich Inhalten oder der Strukturierung der kulturellen Infrastruktur den Ländern und Kommunen Vorgaben machen würde. Allerdings befürworte ich – auch angesichts der derzeitigen desaströsen finanziellen Ausstattung mancher Kommunen – dass der Bund mehr Kompetenzen bei der Kulturfinanzierung bekommt.

Blissenbach: Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU, und Vizekanzler Guido Westerwelle, FDP, haben die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen: Schwarz-Gelb will künftig zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung und Forschung ausgeben. Ist damit Land für eine angemessene Bezahlung von Lehrkräften der kulturellen Bildung in Sicht? Muss diese jetzt eingefordert werden?

Krumwiede: Auf jeden Fall begrüße ich dieses Ziel. Aber es scheint in weiter Ferne. Ich misstrauere der Bundeskanzlerin, inwieweit sie die „Bildungsrepublik Deutschland“ verwirklichen wird. Entscheidend ist auch, wie und wo das Geld investiert werden soll. Ich bezweifle stark, dass die kulturelle Bildung profitieren würde. Wenn man sich zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen das Projekt „JeKi“ ansieht, hier arbeiten viele Lehrkräfte lediglich auf Honorarbasis, ebenso wie viele Lehrkräfte an deutschen Musikhochschulen. Während der Semesterferien verdienen sie keinen Cent – ich halte das für skandalös! Auf jeden Fall werde ich in den vier Jahren, in denen ich im Bundestag bin, alles dafür tun, damit hochqualifizierte Musiker nicht länger im Niedriglohnsektor arbeiten müssen. Wenn ich Leuten erzähle, was ein Honorar-Beauftragter mit Hochschulabschluss im Durchschnitt verdient, glaubt das zuerst keiner. Es geht darum, das Bewusstsein für das Ungleichgewicht zwischen Leistung und Entlohnung von Musikern zu schärfen. Es muss klar werden, dass es hier eben nicht um „Spargelstecher“ geht!

Für Einkommen stark machen

Blissenbach: Immer wieder haben Sie auf die prekäre Einkommenssituation von Musikern und Musikpädagogen hingewiesen und drastische Verbesserungen eingefordert. Sehen sie es als Aufgabe Ihres Berufsverbandes – also des DTKV – an, sich für Einkommensverbesserungen von Musiker/-innen stark zu machen?

Krumwiede: Selbstverständlich! Das machen sie ja auch.

Blissenbach: So ist es: Beispielsweise hat bezüglich der Honorarhöhe von Lehrbeauftragten an Musikhochschulen der Vizepräsident des DTKV, Dr. Dirk Hewig, zumindest erste Teilerfolge erzielen können. Was sagen Sie denjenigen Funktionären des Tonkünstlerverbandes, die mit Aussagen wie „der DTKV ist keine Gewerk-



Agnes Krumwiede. Foto: privat

schaft“ ein DTKV-Engagement für Einkommensverbesserungen grundsätzlich in Frage stellen?

Krumwiede: Das kann ich nicht verstehen. Ich würde mir wünschen, dass der DTKV in dem Bereich noch stärker wird. Das fände ich sinnvoll. Aber viele Künstler haben möglicherweise Angst davor, zu sehr vereinnahmt zu werden. Aber ein „Freigeist“ allein bewegt eben nicht so viel, wie mehrere „Freigeister“ zusammen. Der DTKV setzt sich hauptsächlich aus Musikern zusammen, er kennt die Bedürfnisse seiner Mitglieder und kämpft dafür, dass sich deren soziale und finanzielle Bedingungen verbessern. Formulierung wie „der DTKV ist keine Gewerkschaft“ sind nicht zielführend und schwächen die Durchsetzungskraft der Ziele des DTKV.

Blissenbach: Seinerzeit hat Rot-Grün das Scheinselbstständigkeits-Gesetz erlassen, um Abhängige vor der Ausbeutung durch Großunternehmen zu schützen. Doch kaum war die Tinte trocken, stellte sich heraus, dass die meisten derartigen Beschäftigungsverhältnisse unter staatlicher Verantwortung stehen – insbesondere im Sektor Kultur und kulturelle Bildung. Was sagen Sie dazu, dass bundesweit zum Beispiel zehntausende qualifizierte hauptberufliche Musikschullehrkräfte von der öffentlichen Hand als sogenannte „Honorarkräfte“ oder „Freie Mitarbeiter“ prekär beschäftigt werden, statt als tarifvertraglich abgesicherte Angestellte, oder – wie in Ober-Österreich – als Beamte? Ist der Staat der größte Ausbeuter?

Krumwiede: Das grundlegende Problem liegt in der Ausbeutung vieler Kulturschaffender als Honorarkräfte. Das Problem der prekären Beschäftigungsverhältnisse im Kulturbetrieb betrifft ja alle Kulturschaffenden, allen voran die Tänzer, sie sind traditionell die Letzten in der Geldverdienerkette. Ganz schlimm ist es auch für den Nachwuchs an ausgebildeten Orchestermusikern, die sich als Praktikanten oder Aushilfen für einen Hungerlohn von Orchester zu Orchester schleppen, in der Hoffnung auf eine sichere Festanstellung. Ausgebildete Musiker und Musiklehrer mit Hochschulabschluss dürften eigentlich gar nicht als Honorarkräfte, sondern nur als Festangestellte eingesetzt werden. Und für Musiker in so genannten „Projektorchestern“ bedarf es einer Mindestgage. Bei kulturellen Projekten kann meiner Ansicht nach auch zusätzlich zur staatlichen Verantwortung Stiftungsrundung oder Sponsoring durch die Wirtschaft ein geeigneter Weg sein, eine angemessene Entlohnung von Künstlern zu erreichen.

Blissenbach: Was können die hochqualifizierten Musik- und musikpädagogischen Fachkräfte mit ihrem abgeschlossenen Hochschulstudium

anfangen, wenn sie vom Staat zum akademischen Prekariat degradiert werden?

Krumwiede: Da muss man zunächst einmal bei den künstlerischen Hochschulen selbst ansetzen: Ich glaube, auch da brauchen wir inhaltliche Reformen. Wir brauchen an den Musikhochschulen mehr Praxisorientierung, eine bessere Vorbereitung auf das spätere Berufsleben. Sei es in Form von „Selbst-Marketing“ oder obligatorischen Praktika an Musikschulen. Dass manche Studenten/-innen mit künstlerischem Schwerpunkt an manchen Musikhochschulen keinerlei Methodik-Unterricht erhalten oder keine Praktika an Musikschulen absolvieren müssen, ist nicht der richtige Weg, um junge Musiker auf das spätere Berufsleben vorzubereiten.

Blissenbach: Könnte bei öffentlichen Musikschulen in Zeiten knapper Kassen eine sozial gerechte Lösung in deutlich erhöhten Regel-Entgelten beziehungsweise -Gebühren liegen, gekoppelt mit angemessener Entlohnung der Lehrkräfte sowie klar strukturierten Entgeltermäßigungsregelungen für sozial Schwächere bis hin zur Entgeltfreiheit für die Schwächsten?

Krumwiede: Genau! Ich fände es sinnvoll, für Kinder von geringverdienenden Eltern Kultur- oder Bildungsgutscheine oder spezielle Vergünstigungen bei kultureller Bildung einzuführen. Es muss gewährleistet sein, dass alle Kinder Chancen zur Entfaltung ihrer Individualität und Persönlichkeit angeboten bekommen.

Auf Politik zugehen

Blissenbach: Die deutsche Klavierindustrie hat auf dem Weltmarkt einen Anteil von gerade noch zwei Prozent. SEILER wurde von Koreanern übernommen, SCHIMMEL konnte nur durch Flucht in die Planinsolvenz überleben, die Leipziger Pianoforteunion musste aufgeben, bei WILH. STEINBERG geben jetzt Chinesen den Ton an. Welche Rahmenbedingungen kann der Staat setzen, damit Klaviere und Flügel made in Germany wieder den ihnen gebührenden Stellenwert auf heimischen und internationalen Märkten bekommen?

Krumwiede: Meine Parlamentskollegen werden wahrscheinlich wenig oder nie darüber nachgedacht haben, wie es derzeit um die deutsche Klavierindustrie bestellt ist, im Moment stehen so viele Betriebe unterschiedlicher Branchen vor der Insolvenz. Ohne ein Problembewusstsein zu haben, kann die Politik keine Rahmenbedingungen schaffen. Politiker sind darauf angewiesen, dass Betroffene – in diesem Fall die deutsche Klavierindustrie – auf uns zugehen und auf ihre Situation hinweisen.

Blissenbach: Wenn die von allen Parteien gewollte Bildungsoffensive zu einer Stärkung der Musikbildung und -Ausbildung und damit zu einem Ausbau der Musikbildungs-Infrastruktur führen sollte, würde der Bedarf an Klavieren und Flügeln in Deutschland sprunghaft steigen. Soll die öffentliche Hand dann veranlasst werden, Klaviere aus deutscher Produktion anzuschaffen?

Krumwiede: Politiker, die eine Affinität zur Musik haben, könnten sich für deutsche Qualitätsklaviere einsetzen, in öffentlichen Gebäuden mit Veranstaltungsraum könnten bevorzugt deutsche Klaviere oder Flügel angeschafft werden. Aber es gehört zur Freiheit der Interpreten ebenso wie zur Freiheit der Kultur-Liebhaber, unter den Instrumentenmarken frei wählen zu dürfen.

Blissenbach: Vielen Dank für das Gespräch.

Klaviere Flügel
E-Piano Musikzubehör
Gitarren

Pianelli
music-store
www.pianelli.de

Yamaha, Kawai, Roland, Ibanez, Martin, Hanika und viele mehr.

Mitten im Zentrum von Jena | Am Nonnenplan 3 | 07743 Jena | +49 (0)3641 61 57 85

Sommerakademie für Alte Musik | Bachs Erben | Seminar für Gambenconsort | Workshops zum "Tag des Singens" | Neue Ausbildungsphase für die Chorleiterausbildung C1 und C2 | Workshop mit Boomwhackers | Kongsing | Instrumentenbaukurs | Rhythmik-Workshop

Musikakademie Sachsen-Anhalt für Bildung und Aufführungspraxis
www.kloster-michaelstein.de | 38889 Blankenburg/Harz | 03944/90300

Stiftung
Kloster Michaelstein